

doch, dies bedeute keine Änderung der chinesischen Haltung zur Afghanistan-Frage: friedliche Lösung und keine diplomatische Anerkennung der Taleban. China ist Mitglied der 6+2-Gruppe, die aus den USA, Rußland und den sechs Nachbarn Afghanistans besteht.

Beobachter meinen, der Besuch habe vor allem im Zeichen des chinesischen Interesses gestanden, den Waffen- und Drogenhandel nach Xinjiang zu unterbinden, wo muslimische Separatistengruppen teilweise bewaffnet den Taleban naheifern und sich "Taleblar" (türkische Variante von Taleban) nennen. Die 'Frankfurter Rundschau' hatte am 15. März berichtet, eine dieser Gruppen habe auch Kontakte zu den Taleban und dem arabisch-islamistischen Terroristenchef Usama bin Laden gesucht, sei aber mit leeren Händen zurückgekehrt.

## Wo ist Usama bin Laden?

Seit dem 13. Februar ist Usama bin Laden, der saudische Dissident, der von den USA für die verheerenden Bombenanschläge Mitte 1998 auf ihre Botschaften in Kenia und Daressalam verantwortlich gemacht wird, aus seinem Exil im afghanischen Kandahar verschwunden. Auch die Taleban, unter deren Schutz Usama stand und die von Washington verlangte Ausweisung bisher ablehnten, wollen angeblich nicht wissen, wo er sich aufhält. Seitdem reißen die Gerüchte über seinen neuen Aufenthaltsort nicht mehr ab: Kosovo oder Südpalinen, Tschetschenien,

Irak oder Sudan... Islamistengruppen aus Kashmir und Jemen hatten Einladungen an Usama ausgesprochen. Inzwischen gehen die meisten Beobachter aber von einem Verwirrspiel der Taleban aus, um die Spuren des Gesuchten zu verwischen, das von pakistanischen Geheimdiensten unterstützt wird. Auf dortige "hochplazierte Quellen" ging auch ein AFP-Bericht zurück, Usama sei an der iranischen Grenze auf dem Weg nach Bagdad gesehen worden. An dieser Variante sind auch westliche Quellen sehr interessiert, möglicherweise, um einen weiteren Vorwand zur Bombardierung Iraks ("Schutz von Terroristen") zu haben. Entsprechenden Widerhall fanden "Bestätigungen" der irakischen Exillianz INC, die allerdings von der CIA finanziert wird.

Die Taleban hatten nach Besuchen der Vizeaußenminister aus den USA und Großbritannien, Karl Inderfurth und Derek Fatchett, bei denen auch direkte Gespräche stattfanden und erneut die Auslieferung verlangt wurde, Usama angeblich unter Hausarrest gestellt und sein Satellitentelefon beschlagnahmt, um seine Außenkontakte zu unterbinden. Usama hatte ihnen angeblich versprochen, sich jeglicher politischer Tätigkeit zu enthalten.

Inzwischen soll Usama an verschiedenen Orten in Afghanistan gesehen worden sein. Die 'Frontier Post' (Peshawar) berichtete, er halte sich in der nordafghanischen Provinz Baghlan auf, die vom Taleban-Kommandanten Bashir Baghlani beherrscht wird. Baghlani gehörte früher zur ISI-Lieblingsfraktion

'Hezb-e Islami Afghanistan' von Gulbuddin Hekmatyar. Dann hieß es, eine Taleban-Delegation unter Leitung von Vizeaußenminister Mullah Abdul Jalil habe Usama im ostafghanischen Jalalabad besucht. Er soll versucht haben, ihn zu überreden, nach Kandahar zurückzukehren. Auf jeden Fall nutzt das "Verschwinden" Usamas vor allem den Taleban, die jetzt jede Verantwortung für Usama los sind.

## Afghanischer Eierkrieg

Eine für europäische Verhältnisse fremdartiger Begebenheit trug sich im Januar in Ostafghanistan zu. Dort versuchten die Taleban - die schon Sport, Drachensteigen, das Halten von Singvögeln und Instrumentalmusik verboten haben -, der Bevölkerung im Distrikt Gurbuz (Paktia) ihr traditionelles Spiel "Eierkampf" als ebenfalls unislamisch zu verbieten. Dabei wird ein gekochtes Hühnerfleisch so gegen das des Gegners geschlagen, daß das eigene ganz bleibt, das andere jedoch platzt - welches man so gewinnt. Als sie mit Waffengewalt gegen Eierkämpfer vorgingen, wehrten sich die Dorfbewohner, sechs Personen kamen ums Leben. Anfang Februar meldete 'Radio Sharia' aus Kabul, der Streit sei beigelegt. Mullah Omar höchstpersönlich sprach ein Urteil: Der Eierkampf sei künftig zu tolerieren. Die Leute von Gurbuz versprachen im Gegenzug, weiterhin die Taleban zu unterstützen.

# Wende in Aschchabad?

## Kriegsparteien einigen sich über eine Machtteilung

von Thomas Ruttig

"Ich würde nicht sagen, daß das die letzte Chance ist, aber ich würde an sie appellieren, das afghanische Volk nicht noch einmal zu enttäuschen", hatte der Afghanistan-Beauftragte der UN, Lakhdar Brahimi, Anfang März den dortigen Kriegsparteien nahegelegt. Am 14. März bestätigten die ultra-islamistischen Taleban, die 80 bis 90 Prozent des Landes kontrollieren, und ihre Gegner von der 'Vereinigten Nationalen Islamischen Front zur Rettung Afghanistans' nach viertägigen Gesprächen in der turkmeni-

schen Hauptstadt Aschchabad: Sie wollen eine "vereinte und repräsentative" Koalitionsregierung unter Beteiligung "aller politischen Kräfte des Landes", ein gemeinsames Parlament bilden und eine gemeinsame Rechtsprechung aufbauen. "Sollte die Frage der Zusammenstellung der neuen Regierung gelöst werden", hieß es bei einer gemeinsamen Pressekonferenz, "so regelt sich die Frage eines Waffenstillstands von selbst". Die Taleban-Delegation war von ihrem Chefsprecher Wakil Ahmad

Muttawakil geleitet worden, die der gegnerischen Allianz von deren Sprecher Muhammad Yunus Qanuni.

Ein Sprecher der Taleban-Gegner erklärte gegenüber CNN, man habe die Fortsetzung der Verhandlungen über Detailfragen für "so bald wie möglich" vereinbart, "möglichst innerhalb Afghanistans". Er wies darauf hin, daß die Geschichte Afghanistans gezeigt habe, daß Frieden nicht lange halte, wenn eine Gruppe die Regierung dominiere.

Die Einigung von Aschchabad kam

höchst unerwartet zustande. Bis zuletzt weigerten sich die Taleban, über eine Machtteilung überhaupt zu reden, da sie sich als legitime Regierung Afghanistans betrachten und sich nach ihrer Ansicht ihre Gegner, die früheren Mujahedin, in Jahren blutiger Fraktionskämpfe als gute und damit zur Regierung taugliche Muslime disqualifiziert hätten. Das bestreiten diese natürlich. Ihr militärischer Chef Ahmad Schah Masud hat gerade ein 150 Mitglieder starkes Gremium einberufen, zu dem auch angebliche Vertreter von Gebieten gehören, die von den Taleban gehalten werden. Noch vier Tage vor den Gesprächen wurden aus Zentralafghanistan Kämpfe zwischen beiden Seiten gemeldet. Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar erklärte Mitte Februar bei einer Pressekonferenz in Kandahar: "Wir sind vollständig davon überzeugt, daß Masuds Truppen sehr bald mit Gottes Hilfe aus den verbleibenden Gebieten gesäubert sein werden."

Den letzten Anlauf zu einer friedlichen Regelung hatten die Taleban Mitte 1998 durch hanebüchene Vorbedingungen platzen lassen: Erst verlangten sie, daß nur islamische Geistliche an den Verhandlungen teilnehmen dürften, dann wollten sie auch noch die gegnerische Kandidatenliste zur Genehmigung vorgelegt bekommen. Als die Gegenseite ihnen tatsächlich diesen Gefallen tat, ließen sie die Gespräche platzen. Die Taleban-Gegner nahmen es als Beweis für deren mangelnde Seriosität. Das Massaker im Sommer 1998 in der nordafghanischen Großstadt Mazar-e Scharif an mehreren tausend Angehörigen der Hazara-Minderheit, die zur Anti-Taleban-Front gehören, ließ jede Aussicht auf Verhandlungen in weite Ferne rücken.

Aber auch die erst kürzlich umstrukturierte Anti-Taleban-Allianz, deren unbestrittener Anführer heute der "Warlord" Ahmad Schah Masud mit seiner Hochburg im nördlich von Kabul gelegenen Panjshir-Tal ist, wollte höchstens mit Pakistan und nicht mit den Taleban reden. In Islamabad, so Masud, würden die eigentlichen Entscheidungen getroffen, die Taleban seien bloße Marionetten. Zudem setzte er große Hoffnungen auf örtliche Aufstände in Nordafghanistan, die seiner Allianz seit Januar tatsächlich einige Geländegewinne brachten, aber inzwischen schon wieder versandet sind. Ausländische Beobachter führten die angeblichen Siege ohnehin mehr auf den Winter zurück, in denen sich die Taleban-Einheiten traditionell in tiefer gelegene Gebiete zurückziehen, so daß Dörfer und Kleinstädte leicht zu "befreien" sind.

So war vor Beginn der Verhandlungsrunde nicht gerade übersprudelnder Optimismus angesagt, was die erwarteten

Ergebnisse betraf. "Hoffnung gegen alle Hoffnungslosigkeit" nannte eine führende pakistanische Zeitung ihren Leitartikel zu Aschhabad. Im UN-Büro in Islamabad verlautbarte, schon daß die Gespräche wirklich begonnen hätten, zeige, daß beide Seiten willens seien, nach einer politischen Lösung zu suchen. Tessoriere, amtierender Chef der UN-Sondermission für Afghanistan (UNSMA), der Brahimi vor Ort vertritt, war absolut zugeknöpft: Er wolle nicht versuchen vorherzusagen, was in Aschhabad herauskommen werde. Er wisse weder, wie lange die Gespräche dauern sollen, noch was überhaupt besprochen werde.

Tessoriere wollte noch nicht einmal etwas dazu sagen, in welchem Verhältnis die ursprünglich in Taschkent (Usbekistan) geplanten Gespräche der 6+2-Gruppe aus den USA, Rußland und den sechs Nachbarländern Afghanistans zu der turkmenischen Runde stehen. "Wenn diese Gespräche gut verlaufen, werden sie sicherlich einen Einfluß auch auf andere Ereignisse haben."

Die Gespräche kamen im Ergebnis einer Pendelmission des turkmenischen Außenministers Boris Scheichmuradow zustande; Turkmenistan ist das einzige, im Afghanistan-Konflikt nominell unparteiische Nachbarland. Anschließend übernahm Brahimi, ein früherer algerischer Außenminister, die Vermittlung. Auch Abgesandte der Organisation 'Islamische Konferenz' waren an den Gesprächen beteiligt.

Allerdings waren sich sein Vizepremier Akanjow im Februar, als eine Taleban-Delegation Aschhabad besuchte, mit ihr darüber einig, daß die bilateralen "freundschaftlichen Beziehungen" weiter ausgebaut werden müßten. Turkmenistan war auch nicht abgeneigt, mit den Taleban über den umstrittenen Bau einer Erdöl- und Erdgaspipeline nach Pakistan zu verhandeln, ein Projekt, das vom Hauptbetreiber, der US-Ölfirma UNOCAL, inzwischen fallengelassen wurde (siehe 'Südasiens', 1/99). Allerdings hat der Ausgang der Aschhabader Gespräche vor allem in Islamabad, Aschhabad und auch bei den Taleban Hoffnungen auf eine Neuaufgabe geweckt.

Schon drei Wochen vor der erfolgreichen Gesprächsrunde hatten sich die afghanischen Kriegsparteien - allerdings auf niedrigerer Ebene - in Aschhabad getroffen. Anschließend stritten sie jedoch heftig Meldungen russischer Nachrichtenagenturen ab, sie hätten sich bereits auf einen vorläufigen Waffenstillstand geeinigt. Man wolle lediglich den schon seit längerem laufenden Gefangenenaustausch fortsetzen, hieß es. Ein UN-Sprecher verbreitete die offizielle Version: Es handele sich um informelle Kontakte, die erst zu einem Dialog zwi-

schen den Konfliktparteien führen sollen.

Was den Sinneswandel der Taleban bewirkt hat, ist bisher unklar. Sie waren allerdings in den letzten Wochen zunehmend unter internationalen Druck geraten. Die USA und der bisherige Taleban-Hauptfinanzier Saudi-Arabien waren wegen der Affäre um Usama bin Laden zunehmend auf Distanz gegangen. Die USA wiederum hatten verstärkt auf Pakistan eingewirkt, die Taleban fallenzulassen. Pakistans Geheimdienst ISI berät die Taleban militärisch.

Fragen wie die genaue Zusammensetzung der angestrebten Regierung können die Einigung immer noch platzen lassen. Die meisten Beobachter gehen davon aus, daß nach der derzeit einsetzenden Schneeschmelze in Afghanistan sich auch die Kämpfe wieder verstärken. Ein Waffenstillstand ergibt sich eben doch nicht "von selbst", sondern muß schon offiziell vereinbart und dann vor allem auch wirklich eingehalten werden. Das alte afghanische Sprichwort, dessen deutsche Übersetzung "Wer miteinander redet, schießt nicht aufeinander" lautet, stimmt schon lange nicht mehr: Erst Tee trinken, dann Krieg führen.